

Finsteres Gehabe im freien Europa

Pressefreiheit scheitert an innereuropäischer Grenze und schwarzer Liste



Jedes Jahr am 3. Mai wird zum Internationalen Tag der Pressefreiheit auf deren Verletzung und die grundsätzliche Bedeutung freier Berichterstattung für die Demokratie aufmerksam gemacht. Fotojournalist Lothar Eberhardt, kappa photo Berlin, berichtet von finsternem Gehabe auf einer Reportagerreise nach Lettland.

Der europäische Gedanke ist mit Freizügigkeit, Presse-, Reise und Versammlungsfreiheit und unveräußerlichen Menschenrechten verbunden. Dies galt nicht für fünf Reisende, die am 15. März 2016 in die lettische Hauptstadt Riga auf Einladung der Initiative »Lettland ohne Nazismus« flogen. Als journalistische Begleitung war ich dabei. Ziel war die Teilnahme an den Protesten zum »Tag der Legionäre«. Ein nationaler Gedenktag, anfänglich (1991-1998) ein Feiertag, der auf internationalen Druck jetzt zum Gedenken an die »Opfer des Krieges« ohne offizielle Beteiligung der Regierung stattfindet. Alljährlich am 16. März marschieren hunderte Letten nach dem Gottesdienst mit nationalschwangeren Symbolen zum Freiheitsdenkmal zu Ehren der lettischen Einheiten der Waffen-SS. Bei der Kundgebung wird der nationalistischen, antisemitischen und antikommunistischen Kollaborateure der deutschen Besatzungsmacht ge-



Schon 2014: Stopp an der lettischen Grenze für Journalisten Foto: L. Eberhardt, kappa photo

dacht. In dieser »nationalen Allianz« wird die Rolle der Legionäre im Zusammenhang mit den deutschen Massenmorden geleugnet. Zehntausende, darunter viele Juden, wurden ermordet. Etwa 140.000 Letten waren Mitglied der »Lettischen SS-Freiwilligenlegion« und erhalten – soweit sie noch leben – eine Altersrente aus Deutschland.

Reisefreizügigkeit: Nach der Ankunft wurden alle Ausweispapiere mit einer Liste abgeglichen. Fünf Passagiere wurden aussortiert – darunter ich – und von der Grenzpolizei in einer dreiseitigen Verfügung des Innenministers auf Lettisch verfasst und vom Außenminister mitunterzeichnet. Wir waren zu unerwünschten Personen erklärt: Wir würden die öffentliche Sicherheit und Ordnung

in Lettland nach §61 des Einwanderungsgesetzes gefährden. Ein zehntägiges Aufenthaltsverbot bis zum 17. März wurde ausgesprochen. Eine Option war die sofortige Ausreise. Alternativ bestand die Möglichkeit, im Lager für illegale Ausländer in Dauvagplis interniert zu werden. Wir Fünf entschieden uns fürs Bleiben. Das Gepäck wurde aufgelistet und vermeintliche Demonstrationsutensilien dokumentiert.

Ich legte meinen internationalen Presseausweis vor und bestand darauf, mich im Rahmen der europäischen Freizügigkeit unverzüglich freizulassen und mir die Durchführung meiner Arbeitsaufträge zu garantieren. Ohne Erfolg. »Finsteres nationales Gehabe in einem freien Europa«, so der Kommentar eines der Mitfestgehaltenen. Später saßen wir

im abgetrennten Käfig eines Gefangenentransporters. Auf Fragen an die »Transportpolizei«, wohin es ginge, gab es keine Antwort. Nach 1,5 Std. Fahrt stoppte der Wagen. Der Ausruf eines eingekastelten Mitfahrenden: »Das ist doch der verrottete ehemalige Grenzkontrollpunkt«.

Rückblende: Im März 2014 fuhr ein Bus mit Antifaschisten aus Berlin nach Lettland. Ich war als journalistische Begleitung einer davon. Nachts wurden die Papiere an der litauischen Grenze kontrolliert und vier Stunden später wartete die lettische Polizei hier am gottverlassenen alten Grenzkontrollpunkt. Der Bus wurde durchsucht, Plakate, Transparente, Fahnen und Druckerzeugnisse registriert. Auf die »Schwarze Liste« der Mitfahrenden wurde bei der diesjährigen Einreise offensichtlich zurückgegriffen.

Privilegierte Abschiebung: Zurück zum ehemaligen Grenzkontrollpunkt. Der Ausweisungsbeschluss wurde nochmals von einem deutschsprechenden Beamten per Handy erläutert. Jeder erhielt eine Fahrkarte für den Fernbus nach Berlin. Sein Stopp wurde erzwungen, wir »Protestreisenden« polizeilich zum Einsteigen begleitet. Die 21 stündige Busreise ins heimische Berlin beendet die »privilegierte Abschiebung«. Nicht derart registrierte Mitreisende demonstrierten tags darauf mit den lettischen Antifaschisten, gut abgeschirmt vom Freiheitsdenkmal.

Protestnote ignoriert: Zu Hause setzte ich mich mit dem zuständigen dju-Kollegen in Verbindung. In einer Protestnote an die lettische Botschaft bat ver.di um Aufklärung des Vorfalls und eine Stellungnahme. Bisher ein vergebliches Bemühen.

LOTHAR EBERHARDT